



DEMOKRATIE

E-PAPER

Innere Sicherheit

Law & Order als Element rechtspopulistischer Politik bei der AfD

LUCIUS TEIDELBAUM

Weiterdenken – Heinrich-Böll-Stiftung Sachsen
im April 2017.

Innere Sicherheit

Law&Order als Element rechtspopulistischer Politik bei der AfD

Inhaltsverzeichnis

Rechtspopulismus und Law&Order	5
Thema „Ausländerkriminalität“	5
Thema Terrorismus	9
Gefühlte und reale Unsicherheiten	10
Forderung nach einer Aufrüstung der Sicherheitsbehörden und einer Verschärfung des Strafrechts	11
Bürgerwehr – die Alternative zur Polizei?	15
Für mehr Sicherheit ... und für ein liberales Waffenrecht?	18
Symptom- statt Ursachenbekämpfung	20
Die AfD und die Polizei	21
Fazit: Law&Order-Partei AfD	25
Verwendete Literatur	28
Verwendete Quellen	28
Literatur	32
Autor	30
Impressum	31

Unter *Innerer Sicherheit* wird allgemein der Schutz der Bevölkerung und des Staates vor Bedrohungen verstanden, die sich aus dem Inneren der Gesellschaft heraus entwickeln. Unter diesen Bedrohungen von innen werden neben Terrorismus auch die organisierte Kriminalität sowie Alltagskriminalität verstanden. Dazu gehören so verschiedene Bereiche wie Drogenkriminalität, Cyberkriminalität oder Menschenhandel.

Die Gewährleistung der Inneren Sicherheit wird meist als eine Kernaufgabe des Staates gesehen. Über diese sichert er sich seine Legitimation bei seinen BürgerInnen. Kritisch angemerkt werden muss, dass unter Sicherheit oft nur die Sicherheit für Besitzende verstanden wird. Das Recht auf Unversehrtheit oder Bewegungsfreiheit von Wohnungslosen wird in der Praxis meist nicht so hoch angesetzt wie das Recht auf Eigentum und Konsumfreiheit. So beispielsweise sollen in der Hamburger Innenstadt Obdachlose nur bis Geschäftsbeginn nächtigen dürfen, da deren Anwesenheit den PassantInnen nicht zuzumuten sei.¹

Im Folgenden soll die Forderung nach einer autoritären Bekämpfung von Kriminalität bzw. Kriminellen als „Law&Order“ (deutsch: „Recht und Ordnung“) bezeichnet werden. Law&Order kann als Kernelement des Rechtspopulismus verstanden werden. Einerseits ist es ein Thema um den politischen Gegner, das „Establishment“, zu delegitimieren, nämlich, indem diesem ein Versagen in diesem Bereich unterstellt wird. Andererseits inszeniert man sich selber als kompetent und durchgreifend und hofft damit auf Resonanz unter den WählerInnen.

VertreterInnen eines solchen Law&Order-Kurses machen sich für den Rechtsstaat stark, aber sie sind gleichzeitig bereit für die Innere Sicherheit auch Individual- und Freiheitsrechte einzuschränken. Rechtspopulistischen Parteien fordern eine intensivere Verbrechensbekämpfung mit autoritären Mitteln, also mittels Repression.

KritikerInnen dieser autoritären Verschärfung weisen darauf hin, dass die Innere Sicherheit die Balance zwischen Bürgerrechten und Freiheiten (Datenschutz, Versammlungsrecht, Meinungsfreiheit, Unverletzlichkeit der Wohnung etc.) auf der einen Seite und Eingriffsrechte und Präventivmaßnahmen des Staates (Telefonüberwachung, Hausdurchsuchung usw.) auf der anderen Seite halten sollte.

1 Ulrich Gassdorf: Hamburg lässt Obdachlose morgens wecken, Hamburger Abendblatt, 13.03.17, <http://www.abendblatt.de/hamburg/hamburg-mitte/article209923641/Hamburg-laesst-Obdachlose-morgens-wecken.html>

Rechtspopulismus und Law&Order

Eine autoritäre Sicherheitspolitik bzw. auf Englisch „Law and Order“ ist sicherlich eine Kernforderung rechtspopulistischer Parteien. Doch auch andere Parteien versuchen sich immer wieder durch autoritäre Forderungen in diesem Bereich zu etablieren.

In der Geschichte des deutschen Rechtspopulismus in Parteiform spielte das Thema ‚Sicherheit‘ immer eine wichtige Rolle. Die 2000 gegründete rechtspopulistische „Partei Rechtsstaatlicher Offensive“ (PRO) hatte sich Sicherheit sogar zu ihrem Hauptthema erkoren. Die nach ihrem Gründer und zeitweiligen Vorsitzenden Ronald Barnabas Schill auch „Schillpartei“ genannte Partei existierte bis 2007. Sie war von 2001 bis 2004 mit der CDU an der Landesregierung in Hamburg beteiligt. Schill war in dieser Koalition von 2001 bis 2003 Zweiter Bürgermeister und Innensenator Hamburgs.²

Ein Teil der ehemaligen Schillpartei-Mitglieder ist heute in in der AfD aktiv. Beispielsweise traten in Hamburg im Oktober 2014 vier der neun Vorstandsmitglieder der AfD Hamburg unter Protest zurück, weil sie zu viel Einfluss alter Schill-Leute im Landesverband und auf der Liste für die Bürgerschaft erkannten.

Thema „Ausländerkriminalität“

Die AfD ethnisiert Kriminalität konsequent, auch wenn in den seltensten Fällen tatsächlich ein ursächlicher Zusammenhang zwischen Straftat und Herkunft besteht. In der extremen Rechten wird hierfür oft die Vokabel „Ausländerkriminalität“ verwendet, seltener auch „Migrantenkriminalität“ oder „importierte Kriminalität“. Dieser Begriff hat es teilweise auch in die Kommentarspalte etablierter Zeitungen geschafft. Die Berliner AfD hat zum Beispiel in ihrem Programm einen eigenen Abschnitt zum Thema „Ausländerkriminalität“.³

Diese Verknüpfung ist kein Alleinstellungsmerkmal der AfD, sondern ein geradezu unverzichtbares Element des Rechtspopulismus. Ein reales Problem (Kriminalität) wird dabei rassistisch aufgeladen, indem es komplett einer „fremden“ Gruppe („Ausländer“, „Migranten“, Sinti und Roma, Araber, Nordafrikaner oder „Nafri“) angelastet wird. Es

2 Hamburger Skripte 6. Aufstieg und Fall des Ronald Barnabas Schill. Skizzen zur Schillschen Variante des bundesdeutschen Rechtspopulismus, Rosa Luxemburg Bildungswerk, Februar 2004, https://www.rosalux.de/fileadmin/ls_hamburg/dokumente/Hamburger_Skripte/HS-6-Schill.pdf

3 AfD – unbequem. echt. mutig. Berlin braucht Blau. Das Wahlprogramm der AfD Berlin, 2016, Seite 15

wird quasi zur Eigenschaft der entsprechenden Gruppe erklärt. Früher wurde das biologisch begründet – quasi mit einem vererbbaeren „schlechten Wesen“.

Die AfD hat hier teilweise einen guten Resonanzraum, etwa was Vorurteile gegen Sinti und Roma in Bezug auf Kriminalität anbelangt. So heißt es in der Leipziger Mitte-Studie von 2016: „Rund die Hälfte der Befragten stimmen der Aussage zu, Sinti und Roma sollten aus den Innenstädten verbannt werden und 58,5% glauben, Sinti und Roma würden zu Kriminalität neigen.“⁴

Inzwischen wurde dieser Diskurs modernisiert, und es wird stärker mit Kultur argumentiert. Diese wird aber derart absolut gesetzt, dass sie im Grunde der alten biologischen Argumentation entspricht.

Die Partei versucht – mit zunehmenden Erfolg – den Diskurs um Kriminalität und Innere Sicherheit mit dem um Migration zu verbinden. Nach ihrer Logik kommt Kriminalität mit der Migration von außen und kann somit auch durch „sichere“, d.h. kontrollierte bis geschlossene, Grenzen verhindert werden. Insbesondere nach Terroranschlägen oder medial besonders ausführlich beleuchteten Taten durch (vermeintliche) Flüchtlinge wird diese ‚Lösung‘ präsentiert. Darüber hinaus werden Kleinkriminalität und sexualisierte Gewalt generell mit Flüchtlingen in Zusammenhang gebracht. In dieser Logik geht es natürlich nur um bestimmte Teilbereiche der Kriminalität, vor allem Kleinkriminalität, Einbruchskriminalität, Drogenkriminalität, Gewaltverbrechen und Sexualdelikte.

Das funktioniert aber nur unter Anwendung eines rassistischen Generalverdachts. Damit dockt die Partei zum Teil an problematische Mediendarstellungen an, in denen Flüchtlinge als TäterInnen oder generell als Problem gekennzeichnet werden, obwohl die TäterIn-Herkunft nur selten mit den Taten zu tun haben. Neben explizit rechten Quellen werden deswegen auf AfD-Facebook-Gruppen immer wieder auch Artikel aus den etablierten Medien angeführt, sofern sie (vermeintlich) dabei helfen, die eigenen Vorurteile und Feindbilder zu bestätigen.

Mit diesem Konstrukt findet eine Entlastung des eigenen Kollektivs statt – schuld sind „die Anderen“. Das führt in der Konsequenz dazu, dass Vorkommnisse innerhalb der „eigenen Gruppe“ zu Einzel- und Ausnahmetaten banalisiert werden. Das ist beispielsweise bei sexualisierter Gewalt der Fall. In der aktuellen Debatte wird sexualisierte Gewalt stark ethnisiert, also auf die Herkunft von Tätern zurückgeführt. Die Statistik über sexualisierte Übergriffe gibt das aber nicht her: Die Mehrzahl der Verbrechen wird im

⁴ Oliver Decker, Johannes Kiess, Eva Eggers & Elmar Brähler: Die »Mitte«-Studie 2016: Methode, Ergebnisse und Langzeitverlauf, in: Oliver Decker, Johannes Kiess, Elmar Brähler (Hg.): Die enthemmte Mitte. Autoritäre und rechtsextreme Einstellung in Deutschland. Die Leipziger »Mitte«-Studie 2016, Gießen 2. Auflage 2016, Seite 49

unmittelbaren Nahbereich der Betroffenen verübt. Die „Süddeutsche Zeitung“ schreibt: „Von den 7345 Vergewaltigungen, die im Jahr 2014 bei der Polizei angezeigt wurden, spielte sich gerade einmal ein Fünftel überfallartig in der Öffentlichkeit ab.“⁵ Unter Bezug auf dieselbe Statistik wird die Option „Wenn sexuelle Gewalt nicht vom (Ex)-Partner ausgeht, dann von ‚Fremden‘“ mit 23 Prozent beziffert.

Letztendlich wird mit der Ethnisierung von Kriminalität die Ausgrenzung ganzer Bevölkerungsgruppen über den Hinweis auf die Innere Sicherheit gerechtfertigt. Helga Cremer-Schäfer formulierte es in Bezug auf soziale Randgruppen: „Wenn Fragen der ‚Sicherheit‘ sich im öffentlichen Reden und in der Politik in den Vordergrund schieben, ist das ein Anzeichen dafür, das eine Gesellschaft sich mehr sozialen Ausschluss leistet und dem Staat mehr an (exzeptionellen) Gewaltmitteln zur Verfügung gestellt werden, als er im ‚Normalfall‘ zur Verfügung hat.“⁶

In ihrem Grundsatzprogramm fordert die AfD sogar das lebenslange Wegschließen von psychisch kranken TäterInnen: „Nicht therapierbare alkohol- und drogenabhängige sowie psychisch kranke Täter, von denen erhebliche Gefahren für die Allgemeinheit ausgehen, sind nicht in psychiatrischen Krankenhäusern, sondern in der Sicherungsverwahrung unterzubringen.“⁷

Crämer-Schäfer deutet an, dass es gar nicht unbedingt immer nur um soziale Randgruppen gehen muss: „Die ‚Sicherheitspanik‘ stellt die Wahrnehmung her, daß ‚die Bevölkerung‘ über alle Grenzen der sozialen und politischen Klassen, der Geschlechter [...] und der Generationen hinweg bedroht sei. Gegen welche Gruppen sich Überwachung, Kontrolle und später der soziale Ausschluss und die Strafe richten darf, wird mittels ‚symbolischer Kreuzzüge‘ und ‚Moral-Paniken‘ bestimmt. Dort werden die ‚nützlichen Feinde‘ geformt und ihr gesellschaftliches Umfeld bestimmt.“⁸

5 Elisa Britzelmeier: Die 7 wichtigsten Fakten zu sexueller Gewalt, 27. April 2016, <http://www.sueddeutsche.de/panorama/vergewaltigung-die-wichtigsten-fakten-zu-sexueller-gewalt-1.2937498>

6 Helga Cremer-Schäfer: Was sichert Sicherheitspolitik?, in: Eva Kampmeyer/Jürgen Neuenmeyer (Hg.): Innere Unsicherheit. Eine kritische Bestandsaufnahme, München 1993, Seite 13, zitiert nach: Thomas Krebs: Platzverweis. Städte im Kampf gegen Außenseiter, Tübingen 2001, Seite 58

7 Programm für Deutschland. Das Grundsatzprogramm der Alternative für Deutschland, 2016, Seite 26

8 Helga Cremer-Schäfer: Was sichert Sicherheitspolitik?, in: Eva Kampmeyer/Jürgen Neuenmeyer (Hg.): Innere Unsicherheit. Eine kritische Bestandsaufnahme, München 1993, Seite 20, zitiert nach: Thomas Krebs: Platzverweis. Städte im Kampf gegen Außenseiter, Tübingen 2001, Seite 58-59

Multikulturell geprägte Stadtviertel werden in dieser Logik von RechtspopulistInnen gerne als „No-go-Areas“ für PolizistInnen und BürgerInnen bezeichnet.

In einem Artikel in der „Stuttgarter Zeitung“, der auf einer Befragung des Kriminologen Christian Pfeiffer beruht, wird die Kriminalitätsstatistik für 2015 mit Bezug auf Flüchtlinge genauer betrachtet.⁹ Der Autor Thomas Faltin betont: „Geschätzt mehr als 90 Prozent der Zuwanderer kommen nicht mit dem Gesetz in Konflikt. Trotz mancher Probleme ist ein Generalverdacht unangebracht.“ Und weiter: „Alle Behörden und alle Experten sind sich einig, dass die Gründe nicht in der Nationalität der Straftäter zu suchen sind.“ Eine höhere Rate ergebe sich durch den höheren Anteil junger Männer unter den Flüchtlingen, das soziale Milieu, der speziellen Situation von Flüchtlingen (Arbeitsverbot, beengte Unterkünfte, Ausländerrecht wie. z.B. die Residenzpflicht) und das Anzeigeverhalten in Bezug auf Flüchtlinge, deren Delikte häufiger angezeigt würden. Bei schweren Taten von Zuwanderern wie Tötungen waren in der Mehrheit der Fälle ebenfalls Zuwanderer betroffen.

Es ist zu einfach die migrationspolitischen Forderungen der AfD nur als plumpen Populismus und Instrumentalisierung abzutun. Sie sind in der Sache falsch, aber ein Teil der AfD-FunktionärInnen und der Basis glaubt tatsächlich an den Erfolg solcher ‚Lösungen‘.

Um ihre Vorurteile zu „beweisen“ bzw. um die Herkunft von TäterInnen in Verbindungen mit den Taten zu bringen, fordert die AfD eine Aufschlüsselung der Kriminalstatistik nach Herkunft der TäterInnen. Angelehnt an den Parteislogan „Mut zur Wahrheit“ heißt es bei der Berliner AfD „Mut zur Wahrheit in der Kriminalitätsstatistik“¹⁰: *„Deshalb fordert die AfD, die Staatsangehörigkeit und den Migrationshintergrund bei Straftätern klar zu benennen. Ebenso ist, wie bei fremdenfeindlichen, auch auf mutmaßliche deutschenfeindliche Hintergründe hinzuweisen.“*¹¹ Die AfD Rheinland-Pfalz fordert in ihrem Programm eine „Kriminalstatistik ohne politische Einflussnahme.“¹² Auch die AfD Sachsen-Anhalt fordert „Herkunft und Nationalität von Straftätern [zu] veröffentlichen.“¹³

9 Thomas Faltin: Kriminalität nicht abhängig von Nationalität, in: „Stuttgarter Zeitung“, 17./18. Dezember 2016

10 AfD – unbequem. echt. mutig. Berlin braucht Blau. Das Wahlprogramm der AfD Berlin, 2016, Seite 15

11 AfD – unbequem. echt. mutig. Berlin braucht Blau. Das Wahlprogramm der AfD Berlin, 2016, Seite 15

12 Freiheit, Demokratie und Verantwortung. Wahlprogramm des Landesverbandes Rheinland-Pfalz der Alternative für Deutschland zur Landtagswahl 2016, Seite 15

13 AfD Sachsen-Anhalt: Wahlprogramm Zur Landtagswahl am 13. März 2016, „Wir für unsere Heimat“, Sachsen-Anhalt, Seite 53

Statistisch lässt sich ein Anstieg von Kriminalität durch AusländerInnen nicht wirklich belegen. Zwar ließ sich von 2014 zu 2015 tatsächlich ein Anstieg der registrierten Straftaten um 250.000 bzw. 4 % feststellen, doch ein großer Teil des Anstiegs ging auf Verstöße gegen das Ausländerrecht zurück. Dabei handelte es sich um die irreguläre Einreise nach Deutschland oder Verstöße gegen die Residenzpflicht für Flüchtlinge. Derlei Straftaten haben keine Auswirkungen auf das Sicherheitsempfinden der Bevölkerung und können nur von Personen ohne deutsche Staatsbürgerschaft verübt werden. Ohne diese Verstöße gegen das Ausländerrecht stieg die Kriminalität lediglich 0,1 % im Vergleich zum Vorjahr.¹⁴

Um das Problem solcher statistischen Aussagen zu umgehen, werden diese von Seiten der AfD und ihrer SympathisantInnen die Statistik entweder ganz in Frage gestellt oder spektakuläre Fälle instrumentalisiert. Gerne werden auch offizielle Statistiken ganz eigenwillig interpretiert. Deswegen sah sich das BKA sogar gezwungen, Widerspruch gegen Behauptungen der AfD einzulegen: „BKA hat Aussage im Zusammenhang mit Kriminalitätsrate von Flüchtlingen – wie von AfD behauptet – nie getroffen.“¹⁵

Thema Terrorismus

Mit Terrorismus ist zumeist der djihadistische Terrorismus gemeint. Die AfD macht dabei kaum Unterschiede zwischen MuslimInnen und IslamistInnen. Selbst wenn diese Unterscheidung formal vollzogen wird, wird sie häufig in den nächsten Sätzen oder an der Basis wieder aufgelöst.

Die im Gegensatz zur Kleinkriminalität oder „Linksextremismus“ tatsächlich angestiegene Bedrohungslage durch einen djihadistischen Terrorismus lässt das Problem entstehen, dass tatsächlich eine autoritäre Verschärfung legitimiert scheint. Die AfD nutzt die Bedrohungslage, um gegen Muslime oder Flüchtlinge zu agitieren, indem sie diese unter Generalverdacht stellt. Flüchtlingsabwehr wird dabei als Terrorabwehr verstanden. Dass für die Anschläge in Frankreich, Spanien oder Großbritannien nicht Flüchtlinge verantwortlich waren, wird aber ignoriert.

Gerade nach Anschlägen wird der Ruf nach einem starken, also beschützenden und intervenierenden Staat laut. Davon hoffen RechtspopulistInnen zu profitieren, weil sich dann

14 Polizeiliche Kriminalitätsstatistik Starker Anstieg - aber nur auf den ersten Blick, Tagesschau, 23.05.2016, <https://www.tagesschau.de/inland/straftaten-auslaender-erklaerung-101.html>

15 Bundeskriminalamt Verifizierter Account@bka 10. Feb. 2017, <https://twitter.com/bka/status/830056895918571520>

ihr Resonanzraum vergrößert. Auffällig ist, dass im Umfeld der AfD Rechtsterrorismus so gut wie nie thematisiert wird. Beispiel wären die Verschwörungsmythen des rechtspopulistischen COMPACT-Magazin, was dem ultrarechten Flügel der AfD nahe steht. Dort wird der NSU als reine Geheimdienst-Verschwörung erklärt.¹⁶

Gefühlte und reale Unsicherheiten

Mit wenigen Ausnahmen sank in den letzten Jahren in der Bundesrepublik die Kriminalität. Entgegen dieser statistischen Realität scheint aber die gefühlte bzw. subjektive Unsicherheit zuzunehmen. Befeuert durch einen Teil der Medien entsteht das Bild eines zerfallenden Staates, der seine Kernfunktionen nicht mehr wahr nehmen kann.

Dieses Bild wird teilweise mit der entsprechenden Untergangs-Rhetorik bis ins Apokalyptische gesteigert. Der Zusammenbruch des Rechtsstaates stehe bevor oder habe bereits stattgefunden. Verbunden mit einer Einteilung der Straftäter nach Herkunft oder Religion werden Straftaten von den Hardlinern sogar als Angriff auf auf das eigene Kollektiv, d.h. das deutsche Volk, begriffen. Straftaten verübt durch (vermeintlich) Nicht-deutsche werden als Vorboten eines heraufziehenden Bürgerkriegs gesehen. Die aktuelle Situation wird von der extremen Rechten als „Vorbürgerkrieg“ bezeichnet.

In der Literatur wird das beeinträchtigte Sicherheitsgefühl auch als „Sicherheitspanik“ bezeichnet. Für dieses werden ganze Gruppen als „Nützliche Feinde“ (Thomas Krebs) verantwortlich gemacht.

Ein Beispiel für ein stark unberechtigt beeinträchtigt Sicherheitsgefühl sind soziale Randgruppen wie Wohnungslose oder Drogensüchtige. Diese werden in den Innenstädten als Bedrohung der Sicherheit wahrgenommen, sind es aber gar nicht. Eher handelt es sich um „Störfaktoren“, die zu Sicherheitsrisiken konstruiert werden, um sie dann vertreiben oder verdrängen zu dürfen.

16 Marlene Halser, Andreas Speit: Die große Verschwörung, in: die tageszeitung, 25.09.2013, <http://www.taz.de/!5058395/>

Forderung nach einer Aufrüstung der Sicherheitsbehörden und einer Verschärfung des Strafrechts

Die Herangehensweise der AfD beim Thema „Innere Sicherheit“ ist zumeist recht simpel. Eine Überschrift im Landtagswahlprogramm der AfD-Schleswig-Holstein lautet: „Mehr Polizei für mehr Sicherheit“.¹⁷

Auch die Berliner AfD forderte: „Mehr Polizeibeamte und eine bessere Ausstattung von Polizei und Justiz.“¹⁸

Des weiteren werden härtere Strafen gefordert. Entweder in der konsequenten Anwendung bereits bestehender Gesetze oder in der Schaffung neuer Gesetze, die zumeist eine stärkere Repression ermöglichen sollen. Rechtliche Befugnisse seien auszudehnen und Strafverfahren zu beschleunigen.

Ein Beispiel findet sich bei der AfD Berlin im Wahlprogramm der Abschnitt „Gewalttäter ausbremsen“, in dem es heißt: *„Zum Schutz der Bürger ist es notwendig, Gewalttäter vorübergehend aus dem Verkehr zu ziehen. Die derzeitige Rechtslage setzt der Polizei hier zu enge Grenzen. Im Zusammenhang mit Gewaltdelikten hält es die AfD für erforderlich, die zulässige Dauer einer Freiheitsentziehung gemäß § 33 Abs. 1 Nr. 3 ASOG Berlin zu erhöhen.“*¹⁹

Gefordert wird weiter für „Jugendliche Intensivtäter“ ein „Schluss mit der Sozialromantik“²⁰:

„Jugendliche Täter beginnen ihre kriminelle „Karriere“ immer früher. Es ist wichtig, diese Entwicklung rechtzeitig zu erkennen und zu unterbrechen.“

17 Unser Land, unsere Heimat. Alternative für Deutschland – Schleswig-Holstein. Wahlprogramm der AfD Schleswig-Holstein für die Landtagswahl 2017, 2016, Seite 11

18 AfD – unbequem. echt. mutig. Berlin braucht Blau. Das Wahlprogramm der AfD Berlin, 2016, https://afd.berlin/wp-content/uploads/2016/07/AfD_Berlin_Wahlprogramm_A5_RZ.pdf, Seite 13

19 AfD – unbequem. echt. mutig. Berlin braucht Blau. Das Wahlprogramm der AfD Berlin, 2016, https://afd.berlin/wp-content/uploads/2016/07/AfD_Berlin_Wahlprogramm_A5_RZ.pdf, Seite 13-14

20 AfD – unbequem. echt. mutig. Berlin braucht Blau. Das Wahlprogramm der AfD Berlin, 2016, https://afd.berlin/wp-content/uploads/2016/07/AfD_Berlin_Wahlprogramm_A5_RZ.pdf, Seite 14

Wir treten deshalb für eine Herabsetzung des Strafmündigkeitsalters von 14 auf 12 Jahre ein.

*Das Erwachsenenstrafrecht ist grundsätzlich bereits ab 18 Jahren anzuwenden.*¹¹²¹

*Dasselbe wird auch im Grundsatzprogramm von 2016 gefordert: „Vor dem Hintergrund der steigenden Brutalität jugendlicher Krimineller und der gravierenden Problematik jugendlicher Intensivtäter halten wir es für wichtig und zweckmäßig, auf volljährige Täter das Erwachsenenstrafrecht anzuwenden und das Strafmündigkeitsalter auf zwölf Jahre zu senken.“*¹¹²²

Bisher ist man erst mit 14 Jahren strafmündig – eine Einrichtungsmaßnahme, weil man jüngere Personen nicht als mündig ansieht, d.h. dass sie beispielsweise die Tragweite ihres Tuns nicht oder nur bedingt abschätzen können.

Weiterhin fordert die AfD Berlin den so genannten „Warnschussarrest“ auszuweiten: *„Der ‚Warnschussarrest‘ soll, statt bisher vier Wochen, künftig bis zu drei Monaten möglich sein. Die Verhängung einer Jugendstrafe sollte bereits ab drei, statt wie bisher ab sechs Monaten möglich sein.“*¹¹²³

Die Berliner AfD fordert zudem eine zeitliche Ausdehnung der Vorratsdatenspeicherung: *„Daten von Verdächtigen sollen mit Richterbeschluss über einen längeren Zeitraum gespeichert werden können, um diese im Einzelfall und unter Wahrung rechtsstaatlicher Grundsätze für Ermittlungszwecke zu verwenden. Datenschutz darf kein Täterschutz sein.“*¹¹²⁴

Auch in ihrem Grundsatzprogramm fordert die AfD **„Kein Datenschutz für Täter“**¹¹²⁵: *„In der Vergangenheit hat ein ideologisch motiviertes übertriebenes Maß an Datenschutzmaßnahmen die Sicherheitsbehörden gelähmt und unverhältnismäßig bürokratisiert.“*¹¹²⁶

21 AfD – unbequem. echt. mutig. Berlin braucht Blau. Das Wahlprogramm der AfD Berlin, 2016, https://afd.berlin/wp-content/uploads/2016/07/AfD_Berlin_Wahlprogramm_A5_RZ.pdf, Seite 14

22 Programm für Deutschland. Das Grundsatzprogramm der Alternative für Deutschland, 2016, Seite 25

23 AfD – unbequem. echt. mutig. Berlin braucht Blau. Das Wahlprogramm der AfD Berlin, 2016, https://afd.berlin/wp-content/uploads/2016/07/AfD_Berlin_Wahlprogramm_A5_RZ.pdf, Seite 14

24 AfD – unbequem. echt. mutig. Berlin braucht Blau. Das Wahlprogramm der AfD Berlin, 2016, https://afd.berlin/wp-content/uploads/2016/07/AfD_Berlin_Wahlprogramm_A5_RZ.pdf, Seite 15

25 Programm für Deutschland. Das Grundsatzprogramm der Alternative für Deutschland, 2016, Seite 27

26 Programm für Deutschland. Das Grundsatzprogramm der Alternative für Deutschland, 2016, Seite 27

Häufig wird von der AfD auch gefordert „Gewalt gegen Polizeibeamte härter [zu] bestrafen“. So schreibt die AfD Berlin in ihrem Programm: *„Die Gewaltanwendung gegen Polizeibeamte hat in Berlin dramatische Ausmaße angenommen. Wir fordern eine deutliche Verschärfung des § 113 StGB ‚Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte‘, der derzeit nur die Vornahme einer Diensthandlung und nicht die hoheitliche Streifentätigkeit der Polizeibeamten schützt. Eingefügt werden soll ein Paragraph 113a StGB, der jede Gewaltanwendung gegen Vollstreckungsbeamte im Rahmen ihrer hoheitlichen Tätigkeiten unter Strafe stellt.“*²⁷

Die AfD Sachsen-Anhalt schreibt in ihrem Programm Ähnliches: *„Gewalt gegen Polizeibeamte wird von der AfD ausdrücklich verurteilt. Die entsprechenden Straftatbestände sind zu verschärfen und konsequent gegen jeden, auch gegen Straftäter aus den Reihen der Linksautonomen und Zuwanderer, durchzusetzen. Hier deutete sich in der Vergangenheit eine Ungleichbehandlung vor dem Gesetz an. Dem widerspricht die AfD entschieden!“*²⁸

Die AfD will die also Innere Sicherheit über eine Aufrüstung der Sicherheitsbehörden und Erweiterung ihrer Exekutivrechte gewährleisten. Der Abbau der Polizei soll gestoppt und die Zahl der PolizeibeamtInnen angehoben werden. So etwa die AfD Mecklenburg-Vorpommern in ihrem Programm: *„Die AfD fordert den sofortigen Stopp des Personalabbaus bei der Polizei, um einen flächendeckenden Schutz für alle Bürger zu gewährleisten.“*²⁹

Die Polizei soll offenbar teilweise einen armeeähnlichen Charakter annehmen. So fordert etwa die AfD Schleswig-Holstein in ihrem Landeswahlprogramm: *„Hier fordert die AfD Schleswig-Holstein, die Landespolizei unverzüglich mit militärischen Waffen optional auszustatten. Das bislang bei der Bundeswehr genutzte Gewehr G36 wird dort ausgemustert und würde sich dafür eignen.“*³⁰

Zusätzlich soll auch die Videoüberwachung verstärkt werden. Die AfD Berlin fordert in ihrem Programm: *„Die Videoüberwachung an ausgewählten Kriminalitäts-*

27 AfD – unbequem. echt. mutig. Berlin braucht Blau. Das Wahlprogramm der AfD Berlin, 2016, Seite 13

28 AfD Sachsen-Anhalt: Wahlprogramm Zur Landtagswahl am 13. März 2016, „Wir für unsere Heimat“, Sachsen-Anhalt, Seite 55

29 AfD Mecklenburg-Vorpommern: Unser Programm zur Landtagswahl am 4.9.2016, 2016, Seite 8

30 Unser Land, unsere Heimat. Alternative für Deutschland – Schleswig-Holstein. Wahlprogramm der AfD Schleswig-Holstein für die Landtagswahl 2017, 2016, Seite 13

*schwerpunkten soll die Polizeiarbeit sinnvoll ergänzen.*¹³¹ Auch die AfD-Fraktion im Brandenburger Landtag forderte „AfD-Fraktion: Mehr und bessere Videoüberwachung“. Der innenpolitische Sprecher der AfD-Fraktion im Brandenburgischen Landtag, Thomas Jung, forderte: *„Für die AfD-Fraktion ist dagegen schon lange klar: Nicht nur neue Schutzwesten, Helme Maschinenpistolen und Pistolen für die Einsatzkräfte sind nötig, um die innere Sicherheit in Brandenburg zu gewährleisten. Auch die digitale Überwachung mit Gesichtserkennungsprogrammen muss verbessert werden. Ebenso muss die Kontrolle der Telekommunikation und von Diensten wie WhatsApp und anderer sozialer Medien in Brandenburg intensiviert werden. Zur Beschleunigung und Verbesserung der Abläufe zwischen den einzelnen Behörden muss zudem das Bundeskriminalamt gestärkt werden.“*¹³²

Dasselbe wird auch im neuen Programm zur Bundestagswahl gefordert:

*„Wir fordern: 1. dass die Polizeibehörden an kriminalitätsneuralgischen öffentlichen Plätzen und Gebäuden eine Videoüberwachung mit Gesichtserkennungssoftware einsetzen können [...]“*¹³³

BürgerrechtlerInnen sehen durch solche Maßnahmen die Privatsphäre verletzt und die Unschuldsvermutung außer Kraft gesetzt. Zudem bezweifeln ExpertInnen die präventive Wirkung von Videoüberwachung. In der Regel wird erst nach Vorfällen das aufgezeichnete Video-Material bei der Ermittlung genutzt.

Natürlich wird von der AfD auch eine Verschärfung des Aufenthaltsrechts gefordert. Etwa wenn die Berliner AfD in ihrem Programm die Ausweisung krimineller Personen ohne deutschen Pass gefordert: *„Die AfD fordert daher zum Schutz aller gesetzestreuen Bürger eine Verschärfung der Ausweisungsbestimmungen für ausländische Straftäter.“*¹³⁴

Ähnliches wird im Grundsatzprogramm gefordert: *„Die Mehrzahl der Täter im Bereich der organisierten Kriminalität sind Ausländer. Sie auszuweisen, muss vereinfacht*

31 AfD – unbequem. echt. mutig. Berlin braucht Blau. Das Wahlprogramm der AfD Berlin, 2016, Seite 14

32 AfD-Fraktion Brandenburg: Mehr und bessere Videoüberwachung nötig, Pressemitteilung, 6. Januar 2017, <http://afd-fraktion-brandenburg.de/afd-fraktion-mehr-und-bessere-videoueberwachung-noetig>

33 Programm für die Wahl zum Deutschen Bundestag am 24. September 2017, Leitantrag der Bundesprogrammkommission zum Bundesparteitag am 22./23.04.2017 in Köln, Seite 22

34 AfD – unbequem. echt. mutig. Berlin braucht Blau. Das Wahlprogramm der AfD Berlin, 2016, Seite 15

werden. Deshalb ist für diesen Personenkreis bei entsprechendem Verdacht die OK-Zugehörigkeit als Ausweisungsgrund einzuführen.¹³⁵

Ähnliches findet sich auch im neuen AfD-Wahlprogramm zur Bundestagswahl 2017: „Wir fordern daher: 1. Erleichterung der Ausweisung, insbesondere die Wiedereinführung der zwingenden Ausweisung bei ernstzunehmender Kriminalität; 2. Verhängung der Ausweisung bereits durch die Strafgerichte; 3. Ermöglichung der Unterbringung nicht abschiebbarer Krimineller im Ausland aufgrund bilateraler Vereinbarungen mit geeigneten Staaten.“¹³⁶ Diese Forderungen bedeuten keine Strafverfolgung im rechtsstaatlichen Sinn: Abschiebungen sind kein Mittel des Strafrechts und daher zur Verfolgung von Kriminalität unangemessen. In Deutschland verurteilte Personen in ausländischen Gefängnissen unterzubringen, würde erstens bedeuten, die Kriminalität nur zu verlagern. Zweitens wäre bei solchen Gefängnissen die Einhaltung von Grundrechten schwer zu kontrollieren oder zu gewährleisten.

Bürgerwehr – die Alternative zur Polizei?

Parallel zur Forderung nach einer personellen, rechtlichen und technischen Aufrüstung der Polizei, ertönt aus den Reihen der AfD und ihrer SympathisantInnen immer wieder der Ruf nach Einführung von Ersatzstrukturen, Hilfspolizei-Einheiten oder Bürgerwehren. Dieser „Vigilantismus“, wie ihn Felix Korsch analysiert, ist eine Reaktion auf das (vermeintliche) Versagen des Staates.³⁷

Nicht jede Bürgerwehr ist als Konkurrenz oder Ersatz der Polizei geplant. Viele verstehen sich als Hilfspolizei oder sind tatsächlich eine. Etwa die „Freiwillige Polizei-Reserve Berlin“ (FPR).

Die FPR bestand in (West-)Berlin von 1961 bis 2002 und unterstützte insbesondere in der Zeit der Berliner Mauer (1961-1989) die Berliner Polizei mit bis zu 2.400 Angehörigen. Zu ihren den Aufgaben zählte vor allem der Objektschutz. Die Mitglieder trugen während des Dienstes Uniformen und waren mit Schusswaffen ausgestattet. Doch die Truppe war skandalumwittert. So kam u.a. 1993 heraus, dass mehrere Mitglieder

35 Programm für Deutschland. Das Grundsatzprogramm der Alternative für Deutschland, 2016, Seite 27

36 Programm für die Wahl zum Deutschen Bundestag am 24. September 2017, Leitantrag der Bundesprogrammkommission zum Bundesparteitag am 22./23.04.2017 in Köln, Seite 21

37 Felix Korsch: Wehrhafter Rassismus. Materialien zu Vigilantismus und zum Widerstandsdiskurs der sozialen Bewegung von rechts, in: Friedrich Burschel (Hrsg.): Durchmarsch von Rechts, Berlin 2016, Seite 15-54, Download: https://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Manuskripte/Manuskripte17_Durchmarsch_von_rechts.pdf

Waffenhändler waren und gleichzeitig auch Rechtsradikale.³⁸ In einem FOCUS-Artikel heißt es: „Die Freiwillige Polizei-Reserve in Berlin ist offenbar ein Sammelbecken für Neonazis und Gewaltverbrecher. Die FPR-Truppe, die im Auftrag des Berliner Senats seit 1961 jüdische Einrichtungen, Tanklager, Kraftwerke und neuerdings auch Asylbewerberheime schützen soll, ist von militanten Rechtsradikalen, Räufern und Sexualverbrechern durchsetzt. [...] Von 200 FPR-Polizisten, in der vergangenen Woche überprüft, hat knapp die Hälfte eine kriminelle Vergangenheit.“³⁹

Einige der FPR-Aktivisten waren früher in Wehrsportgruppen aktiv: „Ermittelt sind nach FOCUS-Informationen mittlerweile 16 Hilfspolizisten, die rechtsradikalen Wehrsportgruppen zugeordnet werden. Schwer bewaffnet und mit geschwärtzten Gesichtern sollen die FPR-Sheriffs im Harz den Krieg geübt haben.“⁴⁰

Trotz solcher Erfahrungen will die Berliner AfD den FPR wieder etablieren. In ihrem Landtagswahlprogramm heißt es unter dem Punkt „Freiwilliger Polizeidienst zur Verstärkung und Entlastung der regulären Polizei“: „Die AfD setzt sich für die Wiedereinführung eines freiwilligen Polizeidienstes in Berlin ein.“⁴¹

Bereits Gruppen wie die FPR, die an staatliche Strukturen angebunden war, ließen sich schlecht kontrollieren. Die freiwilligen Bürgerwehren sind dagegen gänzlich unkontrollierbar und stellen de facto das staatliche Gewaltmonopol in Frage.

Auch mehrere AfD Landesverbände lehnen private Bürgerwehren ab. So fordert die AfD Baden-Württemberg in ihrem Programm zur Landtagswahl 2016 zwar eine „Sicherheitswacht“ als Unterstützungseinheit der Polizei, dem Konzept einer „freiwilligen Bürgerwehr“ verschließt sich dagegen ausdrücklich: „Zur Unterstützung der Polizei wollen wir die Einführung einer Sicherheitswacht nach dem Muster der bayerischen und sächsischen Landespolizei prüfen. Der Einsatz der freiwilligen Polizeihelfer

38 Freiwillige Polizei Reserve: Nazis in Uniform, in: Antifaschistisches Infoblatt 22/1993, Seite 10-14

39 Josef Hufelschulte: Neonazis und Ganoven in Berlin auf Streife, in: FOCUS Magazin | Nr. 7 (1993), 15.02.1993, http://www.focus.de/politik/deutschland/polizeiskandal-neonazis-und-ganoven-in-berlin-auf-streife_aid_140345.html

40 Josef Hufelschulte: Neonazis und Ganoven in Berlin auf Streife, in: FOCUS Magazin | Nr. 7 (1993), 15.02.1993, http://www.focus.de/politik/deutschland/polizeiskandal-neonazis-und-ganoven-in-berlin-auf-streife_aid_140345.html

41 AfD – unbequem. echt. mutig. Berlin braucht Blau. Das Wahlprogramm der AfD Berlin, 2016, Seite 14

erfolgt unter Kontrolle und Anleitung von ausgebildeten Polizeibeamten. Bürgerwehren, die das Gewaltmonopol des Staates untergraben, lehnen wir ab.¹⁴²

Ähnliches hat auch die AfD Mecklenburg-Vorpommern in ihr Programm abgeschrieben: „Zur Unterstützung der Polizei wollen wir die Einführung einer Sicherheitswacht nach dem Muster der bayerischen und sächsischen Landespolizei prüfen. Der Einsatz der freiwilligen Polizeihelfer erfolgt unter Kontrolle und Anleitung von ausgebildeten Polizeibeamten. Bürgerwehren, die das Gewaltmonopol des Staates untergraben, lehnen wir ab.“¹⁴³

Die AfD in Sachsen-Anhalt fordert hingegen den Einsatz freiwilliger Bürgerwehren:

„5.2.4 An besonderen Brennpunkten kommunale Freiwillige Bürgerwehr einführen – Sicherheitslage verbessern!“¹⁴⁴ Allerdings entpuppt sich diese bei der weiteren Lektüre als ‚Hilfspolizei‘: „Angesichts dieser Situation fordern wir, dass Kommunen mit besonderen Kriminalitätsbrennpunkten das Recht erhalten, eine freiwillige Bürgerwehr auf kommunaler Ebene einzuführen. Die freiwillige Bürgerwehr soll dem Ordnungsamt unterstehen. Sie bildet eine Hilfspolizei, die der Landespolizei zuarbeitet und sie von Aufgaben entlastet, die nicht zwingend von Polizeibeamten durchgeführt werden müssen.“¹⁴⁵ Davon verspricht man sich folgenden Effekt: „Eine solche kommunale Bürgerwehr an Brennpunkten der Kriminalität wird Straftäter abschrecken, Straftaten vereiteln und dazu beitragen, dass die Aufklärungsquote steigt. Sicherheit darf zu keinem Luxusgut werden; sie ist ein Grundrecht des Bürgers!“¹⁴⁶

Die AfD in Schleswig-Holstein lehnt dagegen eine Hilfspolizei ab: „Die Einrichtung einer Hilfspolizei oder sog. Polizeihelfer lehnen wir strikt ab.“¹⁴⁷ Offenbar gibt es in diesem Bereich keine einheitliche Linie in der AfD.

42 Für unser Land – für unsere Werte. Landtagswahlprogramm 2016 der AfD Baden-Württemberg, Seite 8

43 AfD Mecklenburg-Vorpommern: Unser Programm zur Landtagswahl am 4.9.2016, 2016, Seite 8

44 AfD Sachsen-Anhalt: Wahlprogramm Zur Landtagswahl am 13. März 2016, „Wir für unsere Heimat“, Sachsen-Anhalt, Seite 56

45 AfD Sachsen-Anhalt: Wahlprogramm Zur Landtagswahl am 13. März 2016, „Wir für unsere Heimat“, Sachsen-Anhalt, Seite 57

46 AfD Sachsen-Anhalt: Wahlprogramm Zur Landtagswahl am 13. März 2016, „Wir für unsere Heimat“, Sachsen-Anhalt, Seite 57

47 AfD Sachsen-Anhalt: Wahlprogramm Zur Landtagswahl am 13. März 2016, „Wir für unsere Heimat“, Sachsen-Anhalt, Seite 57

Für mehr Sicherheit ... und für ein liberales Waffenrecht?

Auch in der Bundesrepublik existiert eine Waffen- und Schützenlobby. Diese ist weit- aus weniger einflussreich als die mitgliederstarke „National Rifle Association“ (NRA) in den Vereinigten Staaten. Nach deren Vorbild gibt es etwa eine „German Rifle Association“ (GRA).

Die AfD bemüht sich als Vertreterin gegen eine Verschärfung des Waffengesetzes JägerInnen und SchützInnen als Wählerschicht für die Partei zu erschließen.

Das erzeugt in dieser Gruppe durchaus eine positive Resonanz. So fanden beispielsweise in Baden-Württemberg 2016 mehrere AfD-Vortragsveranstaltungen zum Thema „Innere Sicherheit - ist unser Waffenrecht noch zeitgemäß?“ mit einem Mitglied der „German Rifle Association“ statt. Oder das „Deutsche Waffen Journal“ interviewt die AfD-Europaabgeordnete Beatrix von Storch.⁴⁸ Im Vorfeld der Landtagswahl im März 2016 forderte die AfD in Baden-Württemberg in einem Flyer, der sich offenbar vor allem an Mitglieder von Schützenvereinen wandte:

- *„Keine Verschärfung des Waffenrechts unter der fadenscheinigen Begründung der Terrorabwehr zu Lasten privater Waffenbesitzer.*
- *Unbescholtenen und gesetzestreuen Bürgern muss der Zugang zum legalen Besitz von Waffen erhalten bleiben.*
- *[...]*
- *Unangemeldete Kontrollen der Aufbewahrung von Schusswaffen in Privathaushalten ohne begründeten Verdacht sind abzuschaffen. Die Unverletzlichkeit der Wohnung wird gewährleistet.“*

Wenn es um das Waffenrecht geht, entdeckt die AfD in ihrem Grundsatzprogramm plötzlich den „liberalen Rechtsstaat“: *„Ein liberaler Rechtsstaat muss seinen Bürgern vertrauen. Er muss es nicht nur ertragen können, dass Bürger legal Waffen erwerben und besitzen, sondern muss die Handlungsfreiheit seiner Bürger bewahren und freiheitsbeschränkende Eingriffe minimieren.“*⁴⁹

Auch die Berliner AfD fordert unter der Überschrift „Keine Verschärfung des Waffenrechts: Kriminelle entwaffnen – rechtstreue Bürger nicht kriminalisieren“: *„Die AfD*

48 Unser Land, unsere Heimat. Alternative für Deutschland – Schleswig-Holstein. Wahlprogramm der AfD Schleswig-Holstein für die Landtagswahl 2017, 2016, Seite 11

49 „Eine Waffenrechtsverschärfung ist Unsinn“, DWJ, Nr. 2-2016, Seite 10-11

widersetzt sich dem Versuch, den islamistischen Terror als Vorwand für eine Einschränkung von Bürgerrechten und eine Verschärfung des Waffenrechts zu nutzen. Die Verschärfung des Waffenrechts wird nicht verhindern, dass Terroristen und andere Verbrecher illegal Waffen erwerben, damit handeln und diese nutzen. Betroffen von der Verschärfung eines ohnehin schon restriktiven Waffenrechts wären u. a. Sportschützen, Jäger und Waffensammler. Die Verschärfung des Waffenrechts wäre ein rechtlich fragwürdiger Schritt zur Überwachung, Bevormundung und Kriminalisierung unbescholtener Bürger.⁵⁰

Die AfD scheint sich anmaßen zu wollen, zu wissen, wer ein/e „gut/e Bürger/in“ ist und damit eine Waffe haben darf. Das Profil deutet auf: weiß, deutsch und bürgerlich. Es geht vielen AfD-SympathisantInnen nicht nur um den Waffensport, sondern auch um den Gedanken der Selbstverteidigung. Der erschwerte Zugang von Waffen wird als Versuch der Regierung interpretiert, die ‚Wehrhaftigkeit‘ der BürgerInnen zu verringern oder zu verhindern. Deswegen wird Waffen-Besitz als Teil der Freiheit verstanden. Auch der AfD-Europaabgeordnete Marco Pretzell verkündete: „*Legale Waffen sind Ausdruck von Freiheit!*“⁵¹

50 Programm für Deutschland. Das Grundsatzprogramm der Alternative für Deutschland, 2016, Seite 26

51 AfD – unbequem. echt. mutig. Berlin braucht Blau. Das Wahlprogramm der AfD Berlin, 2016, Seite 17

Symptom- statt Ursachenbekämpfung

Die AfD will Kriminalität und Terrorismus ausschließlich mit autoritären Mitteln bekämpfen. Repression wird zum Allheilmittel. Damit soll die Innere Sicherheit zuungunsten der Freiheitsrechte verstärkt werden. Andere Lösungsansätze, werden als „Sozialromantik“ diffamiert, der die AfD ein „Null-Toleranz-Politik“ gegenüberstellt.⁵² Einmal abgesehen von dem generellen demokratiepolitischen und ethischen Problem ist es fraglich, ob das überhaupt funktioniert. Denn so werden im Grunde nur Kriminelle, aber nicht die Kriminalität bekämpft.

Diese Symptombekämpfung ist kein Ansatz, der allein der AfD vorbehalten ist. Auch der Kampf gegen Obdachlosigkeit oder gegen Drogen mutierte in Deutschland immer wieder zum Kampf gegen Obdachlose oder gegen Drogensüchtige.

Dieses Konzept auf die Spitze getrieben hat der philippinische Rechtspopulist Rodrigo Roa Duterte, seit dem 30. Juni 2016 Präsident der Philippinen. Er rief zur Ermordung von Kleinkriminellen auf. In den ersten vier Monaten seiner Amtszeit fanden knapp 5.000 außergerichtlichen Hinrichtungen im „Krieg gegen die Drogen“ statt.⁵³

Die Ursachen bleiben bei dieser Strategie letztendlich unangetastet. Sie werden nur in zu laschen bzw. durchlässigen Gesetzen gesucht, etwa in der Wirtschaftskriminalität oder der Korruption.

Eine Ursachenbekämpfung würde die Gründe, die zur Kriminalität führen, einbeziehen. Bei Eigentumsdelikten ist das häufig Armut. Aber auch die Perspektivlosigkeit und fehlende bzw. falsche Vorbilder sind zu den Ursachen zu zählen, ebenso wie eine Vernachlässigung in der Erziehung. Ein nachhaltiger Umgang mit Kriminalität würde heißen, die Faktoren, die zur Kriminalität führen, zu erkennen, zu analysieren und auszuräumen. Insofern wäre eine vernünftige Jugendarbeit sinnvoller als eine Herabsenkung des Jugendstrafrechts.

52 Marcus Pretzell: Legale Waffen sind Ausdruck von Freiheit, 02. Dezember 2015, <https://afd-mittelsachsen.de/v2/index.php/homepage/nachrichtenarchiv/304-marcus-pretzell-legale-waffen-sind-ausdruck-von-freiheit>

53 AfD – unbequem. echt. mutig. Berlin braucht Blau. Das Wahlprogramm der AfD Berlin, 2016, Seite 14

Die AfD und die Polizei

Andreas Grün, Vorsitzender des hessischen Landesverbandes der „Gewerkschaft der Polizei“ (GdP), berichtete im Dezember 2016 im Interview von einer Abwendung von Polizeibeamten „von den etablierten Parteien“: *„Bei zahlreichen Mitgliederversammlungen und in vielen persönlichen Gesprächen erlebe ich, dass eine Kanalisierung dieser Enttäuschung bei den Kollegen stattfindet. [...] Ich sehe die Entwicklung mit ganz, ganz großer Sorge, weil uns auch nicht verborgen geblieben ist, dass sich zunehmend Polizeibesetzte von den etablierten Parteien abwenden.“*⁵⁴

Offenbar gibt es eine Hinwendung zur AfD. Nicht nur im Wahlverhalten, sondern auch im politischen Engagement. So finden sich auf den KandidatInnen-Listen der AfD vermehrt ehemalige oder aktive Polizeibeamte. Mit Karsten Hilse, Lars Herrmann und Christoph Neumann waren beispielsweise drei der Anfang Januar 2017 präsentierten 15 DirektkandidatInnen der AfD Sachsen für die Bundestagswahl 2017 Polizeibeamte.⁵⁵

Mit Sebastian Wippel aus Görlitz sitzt ein Polizeikommissar und stellv. Dienstgruppenführer im Polizeirevier Görlitz für die AfD im sächsischen Landtag. Er ist für seine Partei u.a. auch sicherheitspolitischer Sprecher und Mitglied der AG Innere Sicherheit.

Der Polizeihauptmeister Heribert Friedmann sitzt für die AfD seit 2016 im Landtag von Rheinland-Pfalz. Der Hauptkommissar Mario Lehmann aus Quedlinburg ist seit 2016 AfD-Landtagsabgeordneter in Sachsen-Anhalt. Er beklagte einen *„immer penetranter verordneten Meinungsmaulkorb innerhalb unserer nach außen propagierten pluralistischen, meinungsoffenen Gesellschaft.“*⁵⁶

Mit Ringo Mühlmann ist ein LKA-Beamter seit Oktober 2016 Landessprecher der Thüringer AfD und mit Renato Hoffmann ein Beamter im Innenministerium, in der Abteilung „Grundsatzangelegenheiten und Organisation der Polizei“ Fraktionsgeschäftsführer der AfD Thüringen. Auf Kreisverbands-Ebene gäbe es in der gesamten Bundesrepublik noch zahlreiche weitere Beispiele von PolizistInnen zu nennen, die sich in der AfD engagieren.

54 Lilli Breininger: Das Phänomen Duterte und die philippinische Gesellschaft, November 2016, http://www.asienhaus.de/uploads/tx_news/2016_11-18__Blickwechsel_Duterte_01.pdf

55 dpa/nago: GdP-Chef in Hessen „Polizeibesetzte wenden sich von etablierten Parteien ab“, 26.12.2016, <https://www.welt.de/politik/deutschland/article160599160/Polizeibeschaefigte-wenden-sich-von-etablierten-Parteien-ab.html>

56 4. ASA-Sonderausgabe mit unseren gewählten, Direktkandidaten in Sachsen zur Bundestagswahl 2017, <http://www.afdsachsen.de/files/afd/landesverband-sachsen/download/afd-sachsen-aktuell/2016/sonderausgabe-04-2016.pdf>

Beruf und politisches Engagement bei der AfD lassen sich nicht trennen. Besonders PolizistInnen traten bei der AfD immer wieder qua Beruf als ExpertInnen zum Thema Innere Sicherheit auf. So fand beispielsweise am 9. Dezember 2014 im Maritim Hotel „pro arte in Berlin-Mitte“ die „erste Berliner Sicherheitskonferenz“ statt, eine Veranstaltung der Fraktion der „Europäischen Konservativen und Reformisten“ in Kooperation mit dem AfD-Landesverband Berlin. Es diskutierten als Podiumsgäste Beatrix von Storch, Otto Dreksler (leitender Berliner Polizeidirektor a.D) aus Berlin, Egbert Bülles aus Köln (Oberstaatsanwalt a.D.) und Michael Böhl (stv. Bundesvorsitzender und Berliner Landesvorsitzender des Bundes Deutscher Kriminalbeamter). An der Veranstaltung sollen knapp 200 Personen teilgenommen haben. Otto Dreksler sollte in Folge noch mehrfach für die AfD auftreten.

Ein ähnliches Phänomen war in Vergangenheit bereits auf dem Höhepunkt der Republikaner-Partei zu beobachten. Es ist zu vermuten, dass besonders der Bereich Sicherheitspolitik die AfD für PolizistInnen als attraktive Wahlalternative erscheinen lässt. Dass Polizeibeamte rechter eingestellt sind als der gesellschaftliche Durchschnitt, lässt sich beispielsweise für Griechenland belegen. Hier wählten Polizeibeamte überproportional die extrem rechte Partei „Goldene Morgenröte“.⁵⁷

In Österreich, Frankreich und Ungarn bestehen auch explizit rechte Polizei-Gewerkschaften, etwa die FPÖ-nahe Polizeigewerkschaft „Aktion Unabhängiger und Freiheitlicher“ (AUF) in Österreich.

In Deutschland existiert keine explizit rechte Polizei-Gewerkschaft. Die beiden größten Berufsvereinigungen stehen entweder der SPD bzw. der CDU nahe. Allerdings lässt Rainer Wendt, der Vorsitzende der CDU-nahen kleineren „Deutschen Polizeigewerkschaft“ (DPolG), eine eindeutige Abgrenzung zum rechten Rand vermissen. Wendt ist seit 2007 Bundesvorsitzender DPolG und nach eigenem Bekunden seit den 1970er Jahren CDU-Mitglied. Er griff mehrfach für die ultrarechte Wochenzeitung „Junge Freiheit“ zur Feder und gab dem rechtspopulistischen Magazin COMPACT (11-2015) ein Interview.

Die sächsische AfD-Fraktionszeitung „Blaue Post“ Nr. 6 vom Oktober 2016 berichtet auf Seite 11 von einem Besuch Wendts bei der AfD-Fraktion in Dresden: *„Rainer Wendt [...], Bundesvorsitzender der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPolG), besuchte Mitte Juni mit zwei weiteren Vertretern seiner Gewerkschaft die AfD-Fraktion im Sächsischen Landtag. Mit der Fraktionsvorsitzenden, Frauke Petry, dem sicherheitspolitischen Sprecher, Carsten Hütter, und dem innenpolitischen Sprecher, Sebastian*

57 Zitiert nach: <http://www.zeit.de/2016/13/landtag-sachsen-anhalt-afd-abgeordnete/seite-2>

*Wippel, tauschte sich die Delegation über politische Positionen der AfD-Fraktion zum Thema personelle Probleme und mangelnde technische Ausrüstung bei der Polizei aus. Die AfD-Fraktion machte deutlich, dass sie in mehreren Landtagsdebatten und Anträgen die sogenannten Sparmaßnahmen auch bei der sächsischen Polizei zu beenden versucht hatte und sich die AfD zudem dafür stark macht, schnellstens mehr Polizisten einzustellen, um die innere Sicherheit in Sachsen aufrecht erhalten zu können. Zudem müssen die Polizeiposten in den ländlichen Regionen wieder rund um die Uhr besetzt werden.*⁵⁸

Dazu passt, das Wendt das Buch „Deutschland in Gefahr“ mit dem Untertitel „Wie ein schwacher Staat unsere Sicherheit aufs Spiel setzt“ veröffentlicht hat. In einer kritischen Rezension in „Die Zeit“ heißt es: „Das Buch von Rainer Wendt verstärkt Ängste und Vorurteile. [...] Doch ‚Deutschland in Gefahr‘ ist nicht bloß ein inhaltlich unzutreffendes und literarisch schlechtes Buch. Bedauerlich ist, dass der Autor behauptet, Sprachrohr der deutschen Polizei zu sein. Dass er deren Interessen vertritt, ist zu bezweifeln.“⁵⁸

Dass auch bei der deutschen Polizei ein institutioneller Rassismus vorherrscht, wird auch immer wieder in den Medien thematisiert. So heißt es in einem Artikel in „Die Zeit“: „Diskriminierendes Alltagsverhalten gegenüber bestimmten ethnischen Gruppen werde ‚aus Gründen der Kameraderie und des Korpsgeist goutiert oder geduldet‘. Fremdenfeindliche Attitüden entstünden auch, weil bei Dienstbesprechungen und in der Fortbildung rassistisches Verhalten unberücksichtigt oder tabuisiert bliebe. Das Grundproblem sei aber seiner Ansicht nach das allgemeine politische und gesellschaftliche Klima: Bestimmte Ausländergruppen würden als unerwünscht diskriminiert.“⁵⁹

Ein weiterer Beleg sind neben Praxen wie dem „racial profiling“, der Auswahl von Verdächtigen nach äußerlichen Merkmalen wie Haut- oder Haarfarbe, auch die Ermittlungen im Fall der NSU-Mordserie vor 2011. Entgegen der Sachlage wurden die Angehörigen der Opfer unter Generalverdacht gestellt. Es wurden Sonderkommissionen mit Namen wie „Mordserie Bosphorus“ oder „Aladin“ eingerichtet. Eva Högl (SPD), Mitglied im NSU-Bundesuntersuchungsausschuss, attestierte der Polizei deswegen einen strukturellen Rassismus.⁶⁰

58 Zeit Online, dpa, AFP, zz: Griechische Polizei hat Verbindungen zu Neonazis, Die Zeit, 23. September 2013, <http://www.zeit.de/politik/ausland/2013-09/polizei-griechenland-goldene-morgenroete>

59 Thomas Fischer: Rainer Wendt: Polizist am Abgrund, in: Die Zeit, 12.01.2017, <http://www.zeit.de/2017/01/rainer-wendt-polizei-deutschland-in-gefahr-rezension/komplettansicht>

60 „Niemand weiß, ob Polizisten fremdenfeindlich sind“, in: Die Zeit 17.12.12

Dass dieser Rassismus gekoppelt mit einem Law&Order-Denken viele PolizistInnen zur AfD führt, ist im Grunde nur wenig verwunderlich. Daneben mögen aber auch die Versprechungen der AfD auf bessere Ausrüstung, Auslastung durch die Einstellung neuer PolizistInnen und die Erweiterung der Rechte der Polizei die Wahl der AfD für PolizistInnen besonders attraktiv machen.

Durch sein rabiates Verhalten schaffte es 2014 der Kriminaldirektor Ulf-Theodor Claassen aus Schwerin in die Schlagzeilen. Er ist nicht nur Polizeibeamter, sondern auch Mitglied im Schweriner Kreisvorstand der AfD. Er verletzte bei einem Zwischenfall an einem AfD-Stand in Schwerin zwei Männer mit Reizgas. 2016 wurde er zu einer Geldstrafe von 7.700 Euro verurteilt. Ein Einzelfall, doch sein Verhalten erzeugte positive Resonanz. In der unter AfD-Mitgliedern und -SympathisantInnen beliebten Facebook-Gruppe „JA zu Björn Höcke“ hieß es am 17. April 2016 in einem Eintrag: *„Wir sprechen immer von Mann- und Wehrhaftigkeit, Solidarität und Loyalismus. So denn, lassen wir diesen Worten Taten folgen. Hr. Claassen, von Beruf Polizeibeamter, verkörperte diese männlichen und deutschen Tugenden bei einem Angriff auf einen Wahlkampfstand der AfD im Jahr 2014. In einem, wie wir finden, vollkommen überzogenen Urteil wurde er zu 7700,- EUR für den (verfrühten) Einsatz von Pfefferspray gegen zwei Störer der Antifa verurteilt. Verfrüht heißt wohl, dass er sich nicht erst hat schlagen und seinen Stand verwüsten lassen. Lasst uns gemeinsam diese horrende Strafe mindern und so Solidarität beweisen, damit sich kein Wahlkämpfer mehr vor den Konsequenzen fürchten muss, wenn er sich/uns (!) verteidigt.“*

Die Inszenierung der AfD als Fürsprecherin der Polizei findet bereits seit den Anfangszeiten statt. So fand am 17. August 2013 in Hamburg eine AfD-Demonstration in Hamburg mit über 600 Beteiligten statt. Im Demonstrationzug wurde auch ein AfD-Transparent mitgeführt mit der Aufschrift: „Der Polizei den Rücken stärken, damit Sicherheit kein Luxus wird!“

Generell wird mehr Respekt und Anerkennung der Sicherheitsbehörden gefordert. Die AfD Baden-Württemberg forderte zur Anerkennung von Polizei und Co. sogar die Einführung eines „Tages des Heimatschutzes“: *„Wir regen an, einen „Tag des Heimatschutzes“ einzuführen, an dem Bundeswehr, Feuerwehren, Polizei und THW über ihre Arbeit informieren.“*⁶¹

61 Für unser Land – für unsere Werte. Landtagswahlprogramm 2016 der AfD Baden-Württemberg, Seite 11

Als Vertreter*innen des staatlichen Gewaltmonopols mit zahlreichen Vollmachten ist es überaus problematisch, wenn sich Polizeibeamte in einer rechtspopulistischen Organisation, z.B. in einer Partei wie der AfD, engagieren. Einerseits droht sich der autoritäre Ansatz und die gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit aus dem politischen Engagement auch auf die Berufspraxis auszuwirken. Es besteht die Gefahr, dass Mitglieder einer Partei mit einem Programm mit rassistischen Versatzstücken, diese Vorurteile in ihrem Arbeitsleben nicht einfach ablegen. Denn die AfD propagiert beispielsweise, dass der Islam „nicht zu Deutschland“ gehöre. Ob VertreterInnen einer solchen Partei ein gleichberechtigter Umgang mit MuslimInnen ohne Vorannahmen und Vorurteilen gelingt, ist mehr als fraglich. Andererseits besteht die Gefahr, dass rechte Polizeibeamte sich ihre besonderen Rechte und ihren Ressourcen-Zugang zu Nutze machen. So wurden beispielsweise dem PEGIDA-Chef Lutz Bachmann offenbar mehrfach polizei-interne Papiere zugespielt.⁶²

Fazit: Law&Order-Partei AfD

Rechtspopulismus wird auch als „Spiel mit den Ängsten“ beschrieben. Gerade hier eignet sich die Sicherheitspolitik besonders gut. Es wird eine zugespitzte Gefährdungslage skizziert und deren autoritäre „Lösung“ angeboten. Im besten Fall werden in bestimmten Bereichen Kriminelle bekämpft, aber die Wurzeln von Kriminalität bleiben unangetastet.

Die anfängliche Tendenz der AfD auch gesellschaftspolitischen Liberalen eine neue Heimat zu geben, sind schon lange zu Ende. Die Partei präsentiert sich inzwischen auch als Law&Order-Partei. Die AfD will Kriminalität und Terrorismus ausschließlich mit autoritären Mitteln bekämpfen. Dabei kann sie durchaus auf Resonanz in der Bevölkerung hoffen. Das Bekämpfen von Kriminalität und Störungen mit autoritären Mitteln ist laut der Leipziger Mitte-Studie durchaus mehrheitsfähig: *„Eine große Mehrheit ist der Ansicht, man solle gegen Unruhestifter durchgreifen und ihnen zeigen, dass sie unerwünscht seien. 40,9% stimmen dieser Aussage ‚voll und ganz‘ zu, 26,6% ‚ziemlich‘ [...].“*⁶³

62 Lutz Bachmann auf Twitter – Pegida-Mitbegründer prahlte mit angeblichen Polizei-Infos, 22.12.16, <http://www.rbb-online.de/politik/beitrag/2016/12/lutz-bachman-hatte-angeblich-frueh-polizei-infos-breitscheidplatz.html>

63 Oliver Decker, Johannes Kiess, Eva Eggers & Elmar Brähler: Die ‚Mitte‘-Studie 2016: Methode, Ergebnisse und Langzeitverlauf, in: Oliver Decker, Johannes Kiess, Elmar Brähler (Hg.): Die enthemmte Mitte. Autoritäre und rechtsextreme Einstellung in Deutschland. Die Leipziger ‚Mitte‘-Studie 2016, Gießen 2. Auflage 2016, Seite 55

Die Autor*innen resümieren: „Insgesamt zeigt sich damit eine starke Orientierung für Sicherheit und gegen ‚Unruhestifter‘, womit Gefahren für die gesellschaftliche Stabilität gleichzeitig personifiziert und externalisiert werden.“⁶⁴

Im Rahmen dieser kurzen Untersuchung konnten nur bestimmte Aspekte der AfD-Sicherheitspolitik angerissen werden. Interessant wäre beispielsweise auch ein Abgleich, ob es unter AfD-WählerInnen und -PolitikerInnen einen stärkeren Anteil an Personen mit autoritären Einstellungen bzw. autoritären Charakter gibt, die deswegen auch zu entsprechenden „Lösungen“ tendieren. Das Konzept des „autoritären Charakters“ stammt von der *Frankfurter Schule*. Darunter wird ein Muster von sozialen Einstellungen verstanden, die eine autoritäre Verhaltensweise stark begünstigen. Oliver Nachtwey beschreibt den „autoritären Charakter“ wie folgt: „Der autoritäre Charakter zeichnet sich dabei aus ihrer Sicht [gemeint ist die Frankfurter Schule, L.T.] durch eine Reihe zusammenhängender Merkmale aus, die sich zu einem Syndrom verknüpfen: Dazu zählen unter anderem Konventionalität, Unterwürfigkeit und Aggression, Machtdenken, ein Mangel an Empathie, Stereotypisierungen, Zynismus, die obsessive Beschäftigung mit Sexualität und schließlich Projektivität (verstanden als die Neigung, an gefährliche Vorgänge in der Welt zu glauben).“⁶⁵

Der AfD gelingt es offenbar in Zeiten (subjektiver) Unsicherheiten verstärkt, Personen mit entsprechend autoritärer Einstellung über das Angebot autoritärer „Lösungen“ anzusprechen.

Sicherheitspolitik ist nur ein Themenbereich der AfD, aber einer, in dem der Partei eher Sachverständnis und Kompetenz zugesprochen wird als in anderen. Laut einer Befragung von „infratest dimap“ im September 2016 ist die Union mit 46% „klarer Kompetenzführer [...] im Bereich Innere Sicherheit.“⁶⁶ Dagegen sprechen der SPD 16% und der AfD 7% der Befragten auf diesem Gebiet Kompetenz zu. Die 7% für die AfD erscheinen zuerst einmal nicht sonderlich viel, zumal sie zu dieser Zeit teilweise doppelt so viel Wahlzuspruch hatte. Jedoch wird der AfD von den Befragten auf keinem anderem Gebiet Kompetenz zugesprochen. Dass sie von vielen trotz der nicht zugesprochenen Kompetenzen gewählt wird, unterstreicht ihren Charakter als Protestpartei,

64 Oliver Decker, Johannes Kiess, Eva Eggers & Elmar Brähler: Die ‚Mitte‘-Studie 2016: Methode, Ergebnisse und Langzeitverlauf, in: Oliver Decker, Johannes Kiess, Elmar Brähler (Hg.): Die enthemmte Mitte. Autoritäre und rechtsextreme Einstellung in Deutschland. Die Leipziger ‚Mitte‘-Studie 2016, Gießen 2. Auflage 2016, Seite 55

65 Oliver Nachtwey: Die Abstiegs-gesellschaft. Über das Aufbegehren in der regressiven Moderne, Berlin, 5. Auflage 2017, Seite 220

66 infratest dimap: ARD Deutschlandtrend, September 2016, Seite 15, http://www.infratest-dimap.de/fileadmin/user_upload/dt1609_bericht.pdf

womit aber noch nicht erklärt ist, warum dieser Protest von rechts kommt. Am ehesten Kompetenz zugesprochen wird der AfD als Law&Order-Partei.

Die Gefahr besteht aber derzeit nicht nur in der Umsetzung einer verschärften Law&Order-Politik, sondern in einer autoritären Verschärfung durch die EntscheidungsträgerInnen. Es stellt sich insgesamt so dar, als ob die Vorstellungen der AfD von einem Rechtsstaat weitgehend dem eines Polizei- und Überwachungsstaat entsprechen.

Die AfD hat im Bereich Sicherheitspolitik eine gewisse Diskursmacht errungen. Sie treibt als Scharfmacherin andere, etablierte Parteien zur Verschärfung der eigenen Programmatik. So erlangt die AfD jenseits von Regierungsverantwortung indirekt Einfluss auf die Sicherheitspolitik des Bundes und der Länder. Traditionell ist dieser Bereich vor allem ein Hoheitsgebiet der beiden Unionsparteien. Besonders bei diesen, aber auch bei den übrigen Parteien besteht die Gefahr eines Rechtsrucks in Themenbereichen wie Migrations- oder Sicherheitspolitik, um an die AfD verlorenes Terrain zurückzuerobern.

Der Umgang der etablierten Parteien mit der AfD-Forderung nach einer weiteren autoritären Verschärfung ist aber nicht nur ein taktischer. In ihren Reihen finden sich durchaus PolitikerInnen, die es ernst meinen und selbst an eine Lösung durch eine autoritäre Verschärfung glauben. Die Tendenz zur autoritären Verschärfung hat auch ohne die AfD immer bestanden (Stichwort: Vorratsdatenspeicherung). Maßgebliche Verschärfungen von Gesetzen wurden unter Otto Schily (SPD) als Bundesinnenminister (1998-2005) vorgenommen. So stockte Schily Personal und Budget der Sicherheitsbehörden enorm auf und verstärkte auch ihre Rechte.⁶⁷ Deswegen sollten autoritäre Tendenzen immer dort kritisiert werden, wo sie auftreten, unabhängig von der politischen Verortung der AkteurInnen und ihrer jeweiligen Parteibüchern.

67 Bundesländer wollen Schily schärfer, Der Spiegel, 26.11.2001, <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/innere-sicherheit-bundeslaender-wollen-schily-schaerfer-a-169719.html>

Verwendete Literatur

Thomas Krebs: Platzverweis. Städte im Kampf gegen Außenseiter, Tübingen 2001, Seite 54-60

Oliver Decker, Johannes Kiess, Eva Eggers & Elmar Brähler: Die ‚Mitte‘-Studie 2016: Methode, Ergebnisse und Langzeitverlauf, in: Oliver Decker, Johannes Kiess, Elmar Brähler (Hg.): Die enthemmte Mitte. Autoritäre und rechtsextreme Einstellung in Deutschland. Die Leipziger ‚Mitte‘-Studie 2016, Gießen 2. Auflage 2016, <https://www.boell.de/de/2016/06/15/die-enthemmte-mitte-studie-leipzig>

Verwendete Quellen

Unser Land, unsere Heimat. Alternative für Deutschland – Schleswig-Holstein, Wahlprogramm der AfD Schleswig-Holstein für die Landtagswahl 2017, 2016, Seite 8-17,

<https://www.afd-schleswig-holstein.de/index.php/component/phocadownload/category/3-politische-programme-inhalte?download=31:wahlprogramm-landtagswahl-2017>

Programm für Deutschland. Das Grundsatzprogramm der Alternative für Deutschland, 2016, Seite 23-27,

https://www.alternativefuer.de/wp-content/uploads/sites/7/2016/05/2016-06-27_afd-grundsatzprogramm_web-version.pdf

Programm für die Wahl zum Deutschen Bundestag am 24. September 2017, Leitantrag der Bundesprogrammkommission zum Bundesparteitag am 22./23.04.2017 in Köln, Seite 20-23,

https://www.alternativefuer.de/wp-content/uploads/sites/111/2017/03/2017-03-08_afd_leitantrag-bpt-btw-programm_mit-zeilennummern-1.pdf

AfD – unbequem. echt. mutig. Berlin braucht Blau. Das Wahlprogramm der AfD Berlin, 2016, Seite 13-17,

https://afd.berlin/wp-content/uploads/2016/07/AfD_Berlin_Wahlprogramm_A5_RZ.pdf

AfD Sachsen-Anhalt: Wahlprogramm Zur Landtagswahl am 13. März 2016,
"Wir für unsere Heimat", Sachsen-Anhalt, Seite 52-57,
https://cdn.afd.tools/sites/88/2016/12/11210138/Wahlprogramm_31102015v2.pdf

Für unser Land – für unsere Werte. Landtagswahlprogramm 2016 der AfD Baden-Württemberg, Seite 8-14,
https://afd-bw.de/afd-bw/wahlprogramme/landtagswahlprogramm_afd_2016_1.pdf

AfD Mecklenburg-Vorpommern: Unser Programm zur Landtagswahl am 4.9.2016, 2016,
Seite 8-9,
http://www.afd-mv.de/wp2016/AfD-MV_Wahlprogramm2016.pdf

Freiheit, Demokratie und Verantwortung. Wahlprogramm des Landesverbandes Rheinland-Pfalz der Alternative für Deutschland zur Landtagswahl 2016, Seite 14-15,
<https://www.alternative-rlp.de/wp-content/uploads/.../wahlprogramm-ausfuehrlich.pdf>

Autor

Lucius Teidelbaum ist freier Journalist, Publizist und Rechercheur zum Thema „extreme Rechte und anliegende Grauzonen“. Von ihm erschienen u.a. im Unrast-Verlag drei Bücher zu den Themen

- „Braunzone Bundeswehr. ‚Rechtsum‘ in der Männertruppe“ (2012),
- „Obdachlosenhass und Sozialdarwinismus“ (2013) und
- „PEGIDA. Die neue deutschnationale Welle auf der Straße“ (2016).

Impressum

Herausgeberin: Weiterdenken – Heinrich-Böll-Stiftung Sachsen,
Kraftwerk Mitte 32 / Trafohalle, 01067 Dresden

Redaktion: Hannah Eitel und Stefan Schönfelder

Layout/Satz, Korrektorat: Antje Meichsner

Erscheinungsort: www.weiterdenken.de, Weiterdenken –
Heinrich-Böll-Stiftung Sachsen, Kraftwerk Mitte 32 / Trafohalle, 01067 Dresden

Erscheinungsdatum: April 2017

ISBN: 978-3-946541-20-2 (nur für dieses pdf)

Weitere E-Books zum Downloaden unter
www.weiterdenken.de/de/publikationen

Copyright:

Das gesamte Dossier und die einzelnen Beiträge stehen unter einer Creative Commons Lizenz (CC BY-NC-ND). Sie dürfen verbreitet, vervielfältigt oder öffentlich zugänglich gemacht werden unter folgenden Bedingungen:

- Namensnennung – Sie müssen den Namen des Autors/ der Autorin und des Rechteinhabers (Heinrich-Böll-Stiftung) sowie die URL des Werks (Direktlink) nennen.
- Keine kommerzielle Nutzung – Dieses Werk darf nicht für kommerzielle Zwecke verwendet werden.
- Keine Bearbeitung – Dieses Werk darf nicht bearbeitet, abgewandelt oder in anderer Weise verändert werden.

Abweichungen von diesen Bedingungen bedürfen der Genehmigung des Rechteinhabers:

info@weiterdenken.de

